

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 10

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Freuden und Leiden eines Wahlkämpfers

Wahltag ist Zahhtag. So jedenfalls formuliert es der Volksmund. Politischer Zahhtag — damit kann doch wohl nur eine sachlich-unbestechliche Würdigung parlamentarischer Leistungen mit dem Wahlzettel in der Hand gemeint sein. So weit recht und gut. Doch wie schafft es heutzutage ein «Volksvertreter» im Kanton Zürich, «seinem» Volk überhaupt noch so nahe zu kommen, dass es sich ein einigermaßen reales Bild von ihm machen kann?

Es ist diese Sorge, die unsereinen in Wahlkampfzeiten mit einiger Wehmut an das heimatliche Bergtal zurückdenken lässt, wo jedermann «seinem» Nationalrat kannte und ihn womöglich noch freundschaftlich duzte. Da hatten weder Public-Relations-Büros noch Inseraten-Akquisiteure irgendwelches Brot. Und auch heute noch geht dort wohl keiner der Kandidaten auf «Fundraising Tour» oder greift in den eigenen Sack, um eine Kampagne im modernen Sinn zu finanzieren.

Doch in einem Kanton mit über einer Million Einwohnern sieht alles anders aus. Inserate? Ganz einfach unerlässlich. Flugblätter? Desgleichen! Persönliches Komitee? Eine Selbstverständlichkeit! Und dann die unausweichliche Frage der Wahlhelfer: Wie steht es eigentlich mit dem und dem Verein, dem und dem Verband? «Könnten die Dich nicht auch in ihre Wahlempfehlung aufnehmen?» Und

schon steckt man mittendrin: Wer ist wohl ansprechbar für einen finanziellen Beitrag? Gibt es wirklich keine besseren Photos? Was selbstverständlich für jeden, der mitredet, wieder etwas anderes heisst: «Hör auf mit diesem «Amerikaner-Lachen», sonst kennt Dich niemand mehr, nachdem Du immer dreinschaust, wie wenn es Dir «den Weizen verhagelt» hätte.» «Warum denn nicht — dann wissen die Leute endlich, dass er auch lachen kann.»

Dann das Drama mit den Veranstaltungen: «Wie bringen wir Dich im Säuliamt, in Winterthur, in Dielsdorf an eine attraktive Veranstaltung? Warum lädt Dich der Bezirk X nicht ein, nachdem doch Kollege Y kürzlich hier hatte auftreten können?» Letzten Endes sind dann doch viele Abende vergehen — Abende, die immer mit dem gleichen Zweifel anfangen: Wieviele wohl kommen werden? Werden wir wieder «unter uns» sein, oder erscheinen auch parteifremde Zuhörer — einfach weil es sie interessiert, nicht nur weil sie «müssen»?

Und wenn es dann halt doch wenige sind — dann kommt der immer gleiche Trost. «Es ist nicht mehr wie früher; zu viel Freizeitangebot, Kollision mit «Tatort» — aber etwas bleibt trotzdem hängen, denk an die Propaganda für die Veranstaltung, das Echo in der Lokalpresse...» Dann auf dem Heimweg die Selbstkritik: «Warum fällt mir dieses Argument, diese Zahl, dieser

«faule Spruch» erst jetzt ein? Und überhaupt, vielleicht sollte man das ganze Veranstaltungswesen doch einmal wirklich neu überdenken.» Aber nach den Wahlen wird man einmal mehr keinerlei Lust verspüren, wirklich über die Bücher zu gehen — als Parlamentarier nicht und auch nicht als Partei. Denn alle haben fürs erste genug vom ganzen Getümmel. Und wer ein richtiger Politiker ist, der lechzt geradezu nach dem parlamentarischen Alltag — nach der eindringlichen Arbeit in den Kommissionen zum Beispiel, die wohl nur deshalb so ist, wie sie ist, weil sie nicht öffentlich ist und damit keine «Fenster» zum «Hinausreden» hat.

Doch wo bleiben die «Freuden» des Wahlkämpfers? Es gibt sie auch. Da kommt ein völlig unerwartetes Hilfsangebot von einem flüchtigen Bekannten. Da gibt es die Arbeitsbienen in der Orts- und Bezirkspartei, in Familie und Bekanntenkreis, die unermüdlich am

Werk sind und dabei zu verstehen geben, dass sie es aus Überzeugung tun. Da gibt es die Passanten, die sich im Wahlkampfklima ein Herz fassen und einem endlich zu sagen wagen, was sie schon lange einmal hatten sagen wollen. Da gibt es die guten Diskussionen, die unverhofft mit einem aktiven Publikum entbrennen und die oft um so intensiver und dankbarer sind, je kleiner der Kreis ist. Da spürt man es dann doch, dieses Volk, das man hinter sich wissen muss, wenn die Arbeit «in Bern» wirklich einen Sinn haben soll.

Wahltag als Zahltag? Hat der Wähler letzten Endes seine Kandidaten wirklich erfasst? Hat er sich überzeugen oder nur überreden lassen? So oder so, Wahlen müssen nun einmal sein in der Demokratie; es wird aber trotzdem ein unendlich gutes Gefühl sein, wenn sie endlich vorbei sind — vorausgesetzt, dass sie *gut* vorbeigehen werden...

Richard Reich

Gefährdete Sozialpartnerschaft?

Ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seit zwei beherzte Männer, der Gewerkschafter *Konrad Ilg* und der Arbeitgebervertreter *Ernst Dübi*, jenes aus fünf Schreibmaschinenseiten bestehende Vertragswerk unterzeichneten, das als «*Friedensabkommen*» in die Geschichte der schweizerischen Sozialpartnerbeziehungen eingegangen ist. Seither ist diese Übereinkunft immer wieder, wenn auch bisweilen keineswegs geräuschlos, erneuert worden. Es hat zudem eine materielle Ausweitung

erfahren, ist doch der Textumfang auf nunmehr über 50 Seiten angestiegen. Die Jubiläumsfeierlichkeiten sind verklungen und die mannigfachen Würdigungen dieses Ereignisses in die Archive abgelegt worden. Der sozialpartnerschaftliche Alltag hat wieder Einzug gehalten. Was wird er künftig bringen?

Festivitäten dieser Art sind nicht selten *Sternstunden der Wahrheit*. Sie bringen die verschiedenen Gefühlslagen der Beteiligten mit einiger Deut-

lichkeit zum Vorschein, wenn bei den Reden und Artikeln ein Koeffizient für die Jubiläumsrhetorik abgezogen wird. Das war auch bei diesen «Geburtstagsfeierlichkeiten» der Fall: in den Chor durchaus ernsthafter, deshalb nicht notwendigerweise kritikloser Stellungnahmen, flossen auch eher *schrille Töne* ein. Das auf Konsens ausgerichtete und die Friedenspflicht betonende Sozialpartnerverhältnis habe den Gewerkschaften die schnittigste Waffe, nämlich den veritablen und offenen *Arbeitskampf*, aus den Händen geschlagen. Die Gewerkschaften seien deshalb gut beraten, ihre Position im Rahmen des «Friedensabkommens» zu überdenken und das wenig spektakuläre — weil auch wenig medienträchtige — Kompromissverhalten zu revidieren.

Es ist bemerkenswert, dass diese zwiespältige Haltung nur die Gewerkschaften erfasst hat. Bei den Arbeitgebern dagegen herrscht Einigkeit darüber, dass das «Friedensabkommen» und die Politik, für die es steht, keiner grundsätzlichen Gefährdung ausgesetzt werden darf. Es geht also um eine innergewerkschaftliche Verkrampfung. Die Meinungsunterschiede lassen erkennen, dass sich auf dem Gewerkschaftsboden eine Auffassung festsetzen konnte, die für eine *Radikalisierung* der Sozialpartnerbeziehungen optiert, die die «sozialpolitische Romantik», die sich hinter dem «Friedensabkommen» versteckt, als nicht mehr zeitgemäss apostrophiert.

Es ist gewiss zutreffend, dass es sich bei dieser «Bewegung» vorläufig noch

um eine *Minderheitsposition* handelt. Die Erfahrung lehrt indessen, dass militant angehauchte Minderheiten durchaus in der Lage sind, einen Einfluss zu gewinnen und einen Wirbel zu veranstalten, der weit über ihre Repräsentanz hinausgeht — und dies vor allem dann, wenn sie medienwirksame «Anliegen» vorzutragen haben, was in diesem Falle zutreffen würde. Diese Opposition innerhalb der Gewerkschaften als unwichtig und nicht tragfähig abzutun, wäre zumindest voreilig und könnte sich möglicherweise eines nicht allzu schönen Tages als leichtsinnig erweisen. Vor allem die Gewerkschaften selbst müssten ein eminentes Interesse daran haben, die Linie ihrer bisherigen Politik dann nicht mutwillig zu verlassen, wenn sie als *wirtschaftlicher Ordnungsfaktor* weiterhin ernstgenommen werden wollen. Sie haben es nämlich künftig nicht nur mit den Arbeitgebern zu tun, sondern auch mit einer Arbeitsmarktentwicklung, die ihnen keineswegs in allen Teilen wohlgesinnt ist. Fundamentale Umschichtungen auf den Arbeitsmärkten zwingen die Gewerkschaften zu Anpassungsübungen, die, wie die Erfahrung lehrt, nicht leicht zu bewältigen sein werden. Auf *diese* Aufgabe sollten die Gewerkschaften ihre Kräfte konzentrieren. Innergewerkschaftliche Fraktionskämpfe dagegen führen zur Zersplitterung und damit auch zur Schwächung. Zudem entstehen volkswirtschaftliche Kosten, die letztlich auch von den Gewerkschaftsmitgliedern bezahlt werden müssen.

Willy Linder

Menschenrechte

Mit den Menschenrechten, wie immer sie begründet seien — naturrechtlich, religiös auch noch in verweltlichter Form, Ergebnis einer langen Entwicklung, die Rückfälle nie ausschliesst — wird teils spärlich, teils verschwenderisch umgegangen. Wer sich grenzübergreifend um sie sorgt, wird schnell der Einäugigkeit, der Tendenz, der Instrumentalisierung beschuldigt. Wer Aspekte der Verfügung eines total ermächtigten Staates über die Bürger anprangert im Namen eines «Weltgewissens» — Aufenthaltsort unbekannt — und durch Proteste mindestens Toleranzzonen, Gnadenakte erreichen will, ist gleich ein «kalter Krieger» — eine Formulierung, in deren Logik man ebensogut von einem «heissen Teetrinker» sprechen darf — wenn er sein Augenmerk auf den sowjetischen Machtbereich lenkt. Umgekehrt wird er ein «nützlicher Idiot» genannt, wenn er sich über Vorgänge in Chile und in Südafrika aufregt.

Dass die Menschen- und Bürgerrechte, wie sie in verschiedenen Präambeln von Verfassungen formuliert sind, typisch europäisch oder westlich seien, wird oft gesagt. Andere Kulturen dürften doch andere ebenso respektable Regeln des Zusammenlebens haben, z. B. Sozialrechte, über welche die Londoner Zeitschrift «*Survey*» (August 1987) hinsichtlich des Ostens umfassend und vernichtend berichtet.

Immerhin haben alle Mitglieder der UNO einen umfassenden Katalog der Menschenrechte unterzeichnet, also deren Universalität anerkannt. Der setzt auch für arme, minder entwickelte Staaten das Menschenrecht auf bezahlte Ferien fest ...

Die stalinistische Verfassung war vorbildlich in Sachen Versammlungs-, Meinungs- und Religionsfreiheit. Die Hochachtung, die den angeblich «westlichen» Menschenrechten bezeugt wird, ist allgemein. Ist es «die Reverenz, die das Laster der Tugend erweist»?

Die Zweideutigkeit erwies sich bei der Helsinki-Charta, die von den Oststaaten unterzeichnet wurde. Hinsichtlich «Korb 3» wurden grenzübergreifende Verpflichtungen anerkannt. Doch gegen die wird die gleichfalls verbrieftete «Nichteinmischung in innere Verhältnisse» ausgespielt. Sind also präzise Verpflichtungen einzufordern — von welcher Instanz, mit welcher Möglichkeit der Durchsetzung? — oder blockiert dieser Widerspruch sie nicht grundsätzlich?

Präsident Carter ist besonders von Europäern wegen seiner «Politik der Menschenrechte» kritisiert worden. Der Staatssekretär seiner beiden Vorgänger, Henry Kissinger, hat ein Junctim zwischen Einwirkung auf innere Vorgänge und Verhandlungen strikt abgelehnt. Aussenpolitik heisse, mit anderen Staaten gemeinsame Interessen zu finden, die sie binden, und nicht ihre Machtstruktur, ihren Umgang mit den eigenen Bürgern verändern zu wollen.

Es trifft zu, dass Carter unter eigenen Verbündeten wie Südkorea fünf gerade sein liess und — vor dem Einfall in Afghanistan, der auch sonst vieles geändert hat — die Sowjetunion schonte. Es gab Rücksichten, die mit dem Einfordern von Beachtung der Menschenrechte kontrastierten.

Jenen, die schreiendes Unrecht und Verfolgung dulden, wird oft Zynismus

vorgeworfen, und jenen, die dagegen aufrufen oder gar zu Sanktionen greifen, «missionarischer Eifer», der zu Kriegen führen könne — als sei nicht Friede das höchste Gut, und als kehre nicht jedes Volk besser vor der eigenen Türe.

Die Angst, als Heuchler zu gelten, der den Splitter im Auge des Nachbarn und nicht den Balken im eigenen Auge wahrnimmt, hat zur Umkehrung geführt, dass manche fremde Balken zu Splittern schrumpfen. Manche aussenpolitischen Vorgänge der bundesdeutschen Regierung wie das Auftreten von Ministern bietet aktuellen Anlass zum Nachdenken über diese Umstände. Es gab das Asylangebot für vierzehn vom Todesurteil bedrohte Chilenen. Minister Blüm hat Bürgerstolz vor Diktatorenthron — im Fernsehen «live» — erleben lassen. Es hat der Linken den Wind aus den Segeln genommen und der bayrischen CSU den Atem verschlagen. Zugleich schont Bonn Iran auffallend. Dessen Verbindung mit Terrorakten und mit Geiselnahmen wird nicht angeprangert, sondern gibt Hoffnung für die Freilassung von zwei Deutschen.

Bundeskanzler Kohl nennt die Sowjetunion den «wichtigsten Nachbarn». Liegt sie angesichts der nicht vergleichbaren Bewegungsfreiheit, Dichte der Reisen und der Beziehungen wirklich näher als die USA? Wenn Erich Honecker als Staatschef mit DDR-Flagge, Hymne und Parade empfangen wird, wo grenzt die Bundesrepublik an die Sowjetunion? Zwei Staaten sind dazwischen.

Private Gruppen, wie die Helsinki-Vereinigungen, sind hierin konsequent, Staaten nicht. Es gibt auch Gewissensfälle. Wenn nach der Erklärung des «Kriegszustandes» in Polen Sanktionen

verhängt werden — was dann? Das Volk — Geisel der von aussen gestützten Regierung — wird härter getroffen als die Herrschenden. In diesem Fall hat sich die Frage durch Entlassung der politischen Häftlinge gelöst. Wie aber verhält es sich eigentlich mit Rumänien — unabhängiger als die Nachbarn von Moskau und zugleich weit repressiver als sie.

Dwight Eisenhowers Buch über den Weltkrieg ist mit «crusade» («Kreuzzug») betitelt. Ein Ausdruck, der den Amerikanern mit ihrer missionarischen Tradition gefällt (vgl. Kurt R. Spillmann «Amerikas Ideologie des Friedens» Bern 1984). Doch ist in Wahrheit Amerika ebensowenig wie Grossbritannien im Namen der verletzten Menschenrechte in den Krieg gezogen, sondern um einer unbegrenzten Expansion zu trotzen. Das ideologische Motiv wurde nachgeliefert.

Vergleichbar ist der Krieg um die Falklandinseln. Es ging Margaret Thatcher gewiss nicht darum, eine blutige Junta zu stürzen, sondern darum, einen territorialen Übergriff zu verhindern. Dass die Niederlage der Junta der Demokratie in Argentinien eine Chance gab, ist erfreulich — der Kriegsgrund war es nicht.

Auch die entsetzlichsten Vorgänge innerhalb eines Staates sind das nie. Als Disreali regierte — Irving Kristol erinnert daran in «*National Interest*» (Nr. 6) in einem Aufsatz, der jede «Politik der Menschenrechte» schroff verurteilt — wollte Oppositionsführer Gladstone türkische Massaker zum Prüfstein der Aussenpolitik machen. Als er selber die Regierung übernahm, war er zurückhaltender.

Von Präsident Reagan wurde kein brennendes Interesse an den Menschenrechten erwartet. Er hob den

Getreideboykott Carters gegen die Sowjetunion auf. Soweit Ideologie für Reagan zählte, war es hinsichtlich Nicaragua, wo sein Bestreben bisher keine Wirkung zeigt. Hingegen hat er die Absetzung von Marcos, gegen den er nichts hatte, möglich gemacht, wie den Sturz Duvalliers in Haiti. Es passte weder in sein Konzept noch auch zum Bild, das sich seine Gegner machten.

Greifen wir weiter zurück. Einst wurde Kritikern der kommunistischen Regimes vorgehalten: und eure Diktatoren? Blickt doch auf Portugal, auf Spanien, auf Griechenland! Nun sind diese Rechtsdiktaturen untergegangen. Innerhalb Europas ist die Symmetrie —

Rechts- und Linksrepression — abhanden gekommen. Manche Verherrlichungen Nordkoreas und Verteufelungen Südkoreas bieten keinen zureichenden Ersatz.

Fazit: Staaten als solche werden immer nur sehr gelegentlich im Sinn der Menschenrechte ernsthaft vorstellig bis zu wirklichen Konsequenzen. Das kann gefordert, aber nicht wirklich erwartet werden. Es ist immerhin ein Vorzug der Demokratien, dass im Geist der Solidarität mit Opfern des Unrechts die Staaten hier nicht die einzigen wirkenden Kräfte sind.

François Bondy



Tage der offenen Tür

Die Aare-Tessin AG in Olten gehört zu den führenden Elektrizitätsgesellschaften unseres Landes. Sie fühlt sich deshalb auch verpflichtet, sich den Diskussionen über die schweizerische Elektrizitätswirtschaft in der Öffentlichkeit zu stellen. Wir zeigen auch gerne — im Sinne der offenen Türen — wie wir arbeiten: In der Zentralen Netzleitstelle, dem Verteil-, Schalt- und Überwachungszentrum der Atel, in einem Wasserkraftwerk oder im Kernkraftwerk Gösgen.

Wir laden alle, die in irgend einer Art Verantwortung tragen in Bund, Kantonen und Gemeinden oder die ganz einfach interessiert sind, freundlich ein, uns zu besuchen und mit uns zu diskutieren.

Aare-Tessin AG für Elektrizität 4600 Olten
Bahnhofquai 12-14 Telefon 062 31 71 11